

PRESSEMITTEILUNG

21. Dezember 2007

Nord Stream reicht Bauanträge bei schwedischer Regierung ein

Offener Dialog mit schwedischen Behörden wird im offiziellen Genehmigungsverfahren fortgesetzt

Stockholm, 21. Dezember 2007. Die Nord Stream AG hat heute die Antragsunterlagen für den Bau der Pipeline durch die schwedische ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in der Ostsee bei der schwedischen Regierung eingereicht. Die Unterlagen umfassen einen Bauantrag für zwei Pipelinestränge mit einer technischen Beschreibung, gemäß dem schwedischen Festlandsockelgesetz. Das Unternehmen hat außerdem einen Bauantrag für die geplante Wartungsplattform gestellt, der gemäß dem schwedischen Gesetz über die ausschließliche Wirtschaftszone eine technische Beschreibung und eine Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beinhaltet.

Zudem hat die Nord Stream AG der Regierung eine Studie übergeben, die den möglichen Einfluss der Pipelines auf die Umwelt beschreibt.

Mit der Antragstellung kann der intensive Dialog mit der schwedischen Regierung über das Genehmigungsverfahren, den Umfang sowie die Methoden der Umweltstudien aufgenommen werden. Auf der Grundlage der eingereichten Dokumente wird Nord Stream alle relevanten Fragen mit Behörden, Organisationen und Bürgern diskutieren. Zugleich werden alle Anforderungen der schwedischen Gesetzgebung erfüllt, um die notwendigen Genehmigungen für den Bau dieses wichtigen Infrastrukturprojektes zu erhalten.

Zeitplan entspricht europäischem Importbedarf

Die in den Anträgen beschriebene Zeitplanung sieht vor, dass die Arbeiten zur Verlegung der ersten Pipeline im Sommer 2009 beginnen und 2010 abgeschlossen werden. Das privatwirtschaftliche Projekt wird das erste Gas im Frühjahr 2011 nach Abschluss der Testphase liefern. Der Zeitplan berücksichtigt lange Lieferzeiten für Baumaterialien, den intensiven Dialog während des Genehmigungsverfahrens sowie umfassende Sicherheitstest.

Das gesamte Pipelinesystem wird gemäß hoher internationaler Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards gebaut und betrieben werden. Die Ergebnisse einiger noch nicht abgeschlossener Studien werden Anfang 2008 übermittelt. Seit mehr als 30 Jahren stellen Offshore-Pipelines eine

anerkannte, bewährte und umweltfreundliche Technologie dar. Dies gilt insbesondere für die Nordsee, durch die Offshore-Pipelines von mehr als 5.000 Kilometern Länge verlaufen und in der Hunderte von Plattformen betrieben werden.

Vorhaben von europäischem Interesse für mehr Energiesicherheit

Nord Stream wurde 2006 als Leitung durch die Ostsee in den Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) auf Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates der Europäischen Union zu einem Vorhaben von europäischem Interesse erklärt. Nord Stream wird die Versorgungssicherheit Europas maßgeblich erhöhen. Durch die Lieferung des klimafreundlichsten aller fossilen Brennstoffe kann die Ostsee-Pipeline dazu beitragen, dass Länder wie Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien ihre Klimaschutzziele erreichen, indem Öl und Kohle durch Erdgas ersetzt werden.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit berücksichtigt

Im Rahmen des internationalen Konsultationsverfahrens gemäß der Espoo-Konvention, das im November 2006 begann, hat Nord Stream Stellungnahmen von 29 schwedischen Behörden, Organisationen und Bürgern erhalten. Das Unternehmen hat alle in Schweden wie auch den anderen betroffenen Ländern aufgeworfenen Themen sorgfältig analysiert. Zu den am häufigsten angesprochenen Themen gehörten Sicherheitsfragen, der Einfluss auf die Meeresflora und -fauna, wirtschaftliche Auswirkungen, Bauweise und Baumaterialien, Routenalternativen sowie Munitionsaltlasten. Im Einklang mit der schwedischen Gesetzgebung werden einige dieser Fragen im Rahmen des offiziellen Genehmigungsverfahrens diskutiert. Andere Themen werden in einem offenen Dialog mit der Öffentlichkeit angesprochen.

Installationskorridor frei von Munitionsaltlasten

Nach Untersuchungen des Meeresbodens 2005 und 2006 wurde im Jahr 2007 von der schwedischen Firma Marin Mätteknik AB die bislang umfassendste Studie zu Munitionsaltlasten ausgeführt. Alle möglichen Objekte werden derzeit durch optische Inspektionen überprüft. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass sich im Installationskorridor keine Munitionsaltlasten befinden. Weitere detaillierte Untersuchungen der Ankerplätze des Verlegeschiffes werden im Jahr 2008 durchgeführt.

Nord Stream wird eine umfassende Risikoanalyse im Einklang mit höchsten internationalen Standards vorlegen, um die Sicherheit während des Pipelinebaus sowie des langfristigen Betriebes zu gewährleisten. Darin werden mögliche Risiken sowie Maßnahmen zum Schutz der Leitung beschrieben.

Route nach internationalen Konsultationen optimiert

Ausgehend von den mehrjährigen Untersuchungen stellt die vorgeschlagene Route in ökologischer, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die beste Variante für eine Leitung durch die Ostsee dar.

Nach Auswertung der erhaltenen Stellungnahmen wurden ab April 2007 weitere Studien durchgeführt, um die Route im Sinne des Umweltschutzes weiter zu optimieren. Im August 2007 hat die Nord Stream AG die Route bei Bornholm geändert. Die Pipeline verläuft jetzt nördlich statt südlich der dänischen Insel. Außerdem ist Nord Stream der Empfehlung der schwedischen Behörden gefolgt und prüfte alternative Routen, die weiter entfernt von den Naturschutzgebieten der Hoburgsbank und der Norra Midsjöbank nahe der Insel Gotland verlaufen. Nord Stream wird in sicherer Entfernung zu diesen Naturschutzgebieten verlegt. Alle Rahmenbedingungen südöstlich von Gotland wie Naturschutz, Schiffsverkehr, bestehende Telekommunikationskabel und chemische Munitionsaltlasten sowie Studien zur Sedimentverteilung wurden bewertet. Die Ergebnisse dieser Studien werden nun mit der schwedischen Naturschutzbehörde diskutiert.

Fortgang der internationalen Konsultationen

Im Dezember 2007 wird Nord Stream den an den internationalen Konsultationen gemäß der Espoo-Konvention beteiligten Behörden einen Methodenentwurf für den grenzüberschreitenden Umweltbericht übergeben. Eine frühzeitige Diskussion der Verfahren und Inhalte stellt auch hier sicher, dass alle relevanten Umweltaspekte Berücksichtigung finden.

Der endgültige grenzüberschreitende Umweltbericht wird im April 2008 veröffentlicht. Die UVP-Berichte im Rahmen der nationalen Genehmigungsverfahren in Russland, Finnland, Dänemark und Deutschland werden je nach der entsprechenden nationalen Gesetzgebung im ersten Halbjahr 2008 eingereicht.

Nord Stream entspricht dem Wunsch der Behörden nach gleichzeitigen Beratungen auf nationaler und internationaler Ebene. Dies ermöglicht eine koordinierte Diskussion und öffentliche Prüfung im Rahmen des bereits etablierten Dialogs mit allen Ostseeanrainerstaaten. So können Lösungen entstehen, die die Pipeline zu einem Maßstab für internationale Umwelt- und Sicherheitsstandards machen und gleichzeitig einen maßgeblichen Beitrag zu Europas Versorgungssicherheit leisten.

Hinweis für Journalisten:

Nord Stream ist eine Erdgaspipeline, die Russland und die Europäische Union durch die Ostsee verbindet. Experten stimmen darin überein, dass der Erdgasbedarf in der Europäischen Union steigen wird, während die eigene Gasförderung bereits kontinuierlich abnimmt. Einer Global Insight-Studie von 2007 zufolge werden die EU-Erdgasimporte bis 2015 um jährlich 200 Milliarden Kubikmeter anwachsen. Durch die Verbindung des europäischen Gasleitungsnetze mit den größten Gasreserven der Welt, insbesondere mit denen des Shtokman-Felds und dem Yuzhno-Russkoye-Felds, wird Nord Stream etwa 25 Prozent des zusätzlichen Gasimportbedarfs der Europäischen Union decken können. Das Projekt leistet einen bedeutenden Beitrag zur europäischen Versorgungssicherheit und stellt einen Prüfstein für die Energiepartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland dar.

Von den 1.220 Kilometern Leitungslänge verlaufen 505 Kilometer durch die schwedische ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ). Durch den ersten Leitungsstrang mit einer Transportkapazität von etwa 27,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr wird im Frühjahr 2011 Gas geliefert. Nach Fertigstellung der zweiten Pipeline im Jahr 2012 wird sich die Transportkapazität auf rund 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr verdoppeln.

Ende der 90er Jahre hat ein finnisch-russisches Konsortium eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, die mehrere Onshore- und Offshore-Alternativen untersucht hat. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Route durch die Ostsee in technischer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht die beste Lösung ist. Gesamtkosten, bestehend aus Bau- und Betriebskosten, fallen für eine Leitung durch die See geringer aus als über Land. Die Betriebskosten sind wesentlich niedriger, weil eine Offshore-Pipeline keine Kompressorstationen benötigt. Eine Onshore-Pipeline benötigt solche Stationen hingegen in einem Abstand von ungefähr 200 Kilometern. Die Kostenersparnis während des Betriebs der Pipeline kann die höheren Baukosten mehr als ausgleichen. Auf einen Zeitraum von 25 Jahren berechnet sind die Gesamtkosten für eine Offshore-Pipeline im Vergleich zu einer Onshore-Pipeline um etwa 15 Prozent niedriger.

Als grenzüberschreitendes Projekt unterliegt Nord Stream internationalem Recht sowie den nationalen Rechtsvorschriften der Länder, durch deren Küstengewässer und/oder ausschließliche Wirtschaftszone die Trasse verläuft. Vor dem Baubeginn wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im grenzüberschreitenden Rahmen gemäß der Espoo-Konvention durchgeführt, die den gesamten Routenverlauf abdeckt.

Die Espoo-Konvention regelt die Verpflichtung von Parteien, die Umweltauswirkungen bestimmter Vorhaben in einem frühen Planungsstadium zu untersuchen. Darüber hinaus verpflichtet sie Staaten zur gegenseitigen Notifizierung und zu Konsultationen zu geplanten Projekten mit möglichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen. Diese Konvention wurde am 25. Februar 1991 im finnischen Espoo zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 10. September 1997 in Kraft.

Die Ursprungsparteien (Staaten, durch deren Küstengewässer und/oder ausschließliche Wirtschaftszone die Pipeline verläuft) haben sich auf der Basis einer von Nord Stream erstellten Projektinformation im November 2006 gemäß der Espoo-Konvention formell notifiziert. Mit der Notifizierung wurde die erste Phase des Konsultationsprozesses eingeleitet, in der die Nord Stream AG an mehr als 20 öffentlichen Anhörungen und zahlreichen Treffen mit den zuständigen Behörden in den beteiligten Ländern teilgenommen hat. Als Ergebnis der Konsultationen hat die Nord Stream AG 129 Stellungnahmen zum Projekt von Privatpersonen und Behörden in den Ostseeanrainerstaaten erhalten.

Die **Nord Stream AG** ist ein internationales Joint Venture, das zur Planung, zum Bau und Betrieb der Ostsee-Pipeline gegründet wurde. Gazprom ist mit 51 Prozent an dem Gemeinschaftsprojekt beteiligt. BASF/Wintershall und E.ON Ruhrgas halten je 24,5 Prozent. Die niederländische Gasinfrastrukturgesellschaft N.V. Nederlandse Gasunie wird dem Nord Stream Konsortium beitreten. Dabei werden die deutschen Unternehmen E.ON Ruhrgas und BASF/Wintershall je 4,5 Prozent an Gasunie abgeben und je 20 Prozent der Anteile behalten.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Jens Müller, Communications Manager Nord Stream AG,

Mobil: +41 79 295 96 08

Irina Vasilyeva, Communications Manager Nord Stream AG,

Mobil: +7 916 133 87 81

E-Mail: press@nord-stream.com